



Asamblea Parlamentaria Euro-Latinoamericana  
Euro-Latin American Parliamentary Assembly  
Assemblée Parlementaire Euro-Latino Américaine  
Assembleia Parlamentar Euro-Latino-Americana  
Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika



**Erklärung der Ko-Präsidenten der  
Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat)  
vom 13. Dezember 2019 (Panama-Stadt, Panama)**

Die Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat) – Jorge Pizarro, Präsident des Lateinamerikanischen Parlaments, und Javi López, Mitglied des Europäischen Parlaments –, erklären gemäß Artikel 18 der Geschäftsordnung der Versammlung anlässlich der 12. Ordentlichen Plenartagung der Versammlung am 12./13. Dezember 2019 in Panama-Stadt (Panama) Folgendes:

1. Demokratie, Friede, Menschenrechte und Grundfreiheiten sind keine Selbstläufer, vielmehr bedarf es eines kontinuierlichen und entschlossenen Einsatzes von öffentlichen Stellen, Parteien sowie zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Organisationen, um diese Errungenschaften zu schützen, zu konsolidieren und weiterzuentwickeln. Die Akzeptanz demokratischer Spielregeln, die in einem verfassungsrechtlichen Rahmen auf der Grundlage der Werte der Demokratie, der Gewaltenteilung, der bürgerlichen Freiheitsrechte und der Unabhängigkeit der Justiz aufgestellt wurden, und die Achtung des politischen Pluralismus und der Menschenrechte sind der einzige Weg zur Stärkung unserer Demokratien.

Wir stellen fest, dass Desinformation und Falschmeldungen eingesetzt werden, um die Institutionen von Staaten weltweit zu schwächen. Diese neue Wirklichkeit erfordert von uns, globale Strategien und gemeinsame Maßnahmen und ein gemeinsames Vorgehen einzuleiten.

2. Wir bekunden unsere Überzeugung, dass es notwendig ist, starke institutionelle Rahmen zu fördern, die demokratische Entwicklung auf beiden Kontinenten zu stärken und voranzubringen und wirklich inklusive Institutionen aufzubauen, deren Grundlage die Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung, die Integrität und Transparenz von Wahlabläufen sowie das Primat des Rechts und der Menschenrechte bilden.
3. Wir sind der Ansicht, dass die internationale Gemeinschaft angesichts der sich verdichtenden Anzeichen für eine Beschleunigung des Klimawandels ihre Anstrengungen zu dessen Bekämpfung mithilfe konkreter Zusagen intensivieren muss. Deswegen sollte die 25. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention (COP 25) in Madrid unserer Auffassung nach einen entscheidenden Wendepunkt in diesem Kampf darstellen. Wir bekräftigen unsere entschlossene Unterstützung für das Pariser Klimaschutzübereinkommen und

bedauern daher den unlängst erfolgten Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Übereinkommen zutiefst. Auf der anderen Seite begrüßen wir es sehr, dass das Europäische Parlament die Europäische Union kürzlich dazu aufgerufen hat, bis spätestens 2050 klimaneutral zu werden und für 2030 ein Emissionsreduktionsziel von bis zu 55 % gegenüber den Werten in den 1990-er Jahren festzulegen, und fordern beide Regionen auf, ihre Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels mit gleichem Ehrgeiz zu verstärken.

4. Überdies rufen wir dazu auf, dass die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zügig und vollständig umgesetzt wird, und zwar durch die Durchführung von Programmen, die durch öffentliche Stellen auf allen Ebenen mit Blick auf eine inklusive und nachhaltige Entwicklung konzipiert wurden.
5. Wir stellen fest, dass Ungleichheit nach wie vor zu den Hauptproblemen unserer Gesellschaften gehört und die wichtigste Herausforderung für unsere Demokratien ist – sowohl in Europa als auch in Lateinamerika und der Karibik. Weitere Herausforderungen sind die Schwäche der Demokratien, eine unklare Gewaltenteilung, Korruption, Unsicherheit, ausbleibende Antworten auf die Probleme der Bürger sowie fehlende Zukunftsperspektiven, wodurch Misstrauen in das politische Establishment und das demokratische Modell erzeugt und das Vordringen populistischer und nationalistischer politischer Diskurse noch verstärkt wird. Wir erachten es als notwendig, uns weiterhin dafür einzusetzen, dass sich die Schere der Ungleichheit schließt, uns autoritären Tendenzen zu widersetzen und Lösungen für politische Situationen zu finden, die der Auslöser für Flüchtlingsströme sowohl in Europa als auch in Lateinamerika und der Karibik waren. Durch diesen Einsatz wiederum wird das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in beiden Regionen verbessert.
6. Wir fordern die Europäische Union sowie Lateinamerika und die Karibik auf, ihre Anstrengungen zum Abbau der sozialen Ungleichheiten und zur Verbesserung der Lebensstandards zu intensivieren. Diese Thematik zählt unserer Ansicht nach zu den Schwerpunktbereichen, in denen ein entschlossenes Vorgehen erforderlich ist, um konkrete Ergebnisse zu erzielen. Wir sind davon überzeugt, dass langfristige öffentliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Ungleichheit und zur Förderung des sozialen Zusammenhalts sowie der Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen von hoher Qualität, etwa zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Justiz, gestärkt werden müssen. Es ist notwendig, Entwicklungsmodelle in Wirtschaft und Industrie zu verwirklichen, die sich auf Innovationen und die Kreislaufwirtschaft stützen und über progressive Steuererhebungssysteme und Programme zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche verfügen. Unsere Regierungen müssen diese Ziele weiterhin im Wege eines Übereinkommens verfolgen, während den allgemeinen Grundsätzen der Demokratie, der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie den IAO-Normen stets Rechnung zu tragen ist. Wir halten eine weitere Stärkung von EU-Programmen wie Eurososial, COSME und ERASMUS für vielversprechend.

7. Gewalt und Unsicherheit sind hochsensible Themen in vielen Gebieten Europas sowie Lateinamerikas und der Karibik, von denen insbesondere die schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen in der Gesellschaft betroffen sind. Wir verpflichten uns, die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung einer Politik der öffentlichen Sicherheit voranzutreiben, in deren Rahmen das alarmierende Ausmaß an Gewalt verringert wird, die demokratischen Grundsätze gestärkt werden und die Achtung der Menschenrechte und eine Kultur des Friedens und des Miteinanders gefördert werden.
8. Wir bekräftigen unseren Wunsch, die Mechanismen der biregionalen Zusammenarbeit bestmöglich zu stärken, damit wir unsere gemeinsame Agenda ausbauen können. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die Regierungen die Gipfeltreffen EU-CELAC möglichst bald wieder aufnehmen. Das letztendliche Ziel, eine wirkliche Biregionale Strategische Partnerschaft zu erreichen, ist nunmehr wichtiger denn je; daher begrüßen wir die gemeinsame Mitteilung „Die Europäische Union, Lateinamerika und die Karibik: Bündelung der Kräfte für eine gemeinsame Zukunft“, in der angeregt wird, die politische Annäherung zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibik zu stärken.
9. Wir bekräftigen, dass weiterhin und noch intensiver auf die Geschlechtergleichstellung hingearbeitet werden muss und dass geeignete Rechtsvorschriften und Programme zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt ausgearbeitet werden müssen. Die stärkere Teilhabe von Frauen am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben sowie die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen stellen vorrangige gemeinsame Ziele für beide Regionen dar. Die EuroLat-Versammlung hat die biregionale Politik in diesem Bereich beeinflusst und unter anderem dazu beigetragen, dass im Aktionsplan CELAC-EU ein Gleichstellungskapitel formuliert und ein entsprechendes Kapitel in das künftige Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Chile aufgenommen wird.
10. Wir fordern, dass in unseren Ländern die körperliche und seelische Unversehrtheit von sozialen Minderheiten und schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen, unter anderem der LGTBIQ+-Gemeinschaft, der indigenen Gemeinschaften und der Lateinamerikaner afrikanischer Abstammung, gewährleistet werden und dass diese Gruppen ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte uneingeschränkt und wirksam wahrnehmen können. Wir fordern die Staaten der EU und der LAK auf, Sensibilisierungskampagnen im Bereich der Gleichstellung aufzulegen, Aktionspläne zur Chancengleichheit auszuarbeiten, um Minderheiten und gefährdete Bevölkerungsgruppen wirksam zu schützen, Personen, die die Rechte dieser Bevölkerungsgruppen verletzt haben, strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen und deren Opfer zu unterstützen.
11. Wir heben die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft im öffentlichen Leben hervor, wenn es darum geht, den demokratischen Aufbau, die soziale Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte und die ökologische Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Wir sind der Auffassung, dass der Zivilgesellschaft eine grundlegende Bedeutung für die Förderung von Transparenz,

Rechenschaftspflicht und verantwortungsvollem Regierungshandeln zukommt, insbesondere beim Kampf gegen Korruption, Autoritarismus und gewaltbereiten Extremismus. Wir betonen, dass gewährleistet werden muss, dass politische Widersacher und führende soziale, politische und ökologische Akteure ihrer Arbeit frei und sicher nachgehen können, und wir verurteilen jegliche Schikanie, Belästigung, Bedrohung, Kriminalisierung, Stigmatisierung oder Verleumdung von Politikern oder von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen.

12. Wir bekunden unser entschlossenes Engagement für die Stärkung eines multilateralen Handelssystems, das auf Regeln basiert, gerecht offen und transparent ist und den Regeln der WTO unterliegt. Wir beobachten mit Sorge die wachsenden Spannungen, die aus protektionistischen Maßnahmen und Handelskriegen herrühren. Wir betonen, dass wir zusammenarbeiten müssen, um sicherzustellen, dass unsere Handelsabkommen den höchsten Sozial- und Umweltstandards sowie den höchsten Standards im Bereich der Lebensmittelsicherheit entsprechen. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen gestärkt und geschützt werden, ebenso wie die Rechte der indigenen Gemeinschaften und der Lateinamerikaner afrikanischer Abstammung. Zugleich muss der Abholzung und der Wüstenbildung entgegengewirkt werden. All unseren Abkommen muss als Leitprinzip die Einbeziehung und Umsetzung der Ziele des Übereinkommens von Paris zugrunde liegen.
13. Wir begrüßen den Verhandlungsprozess, an dem sich unsere Nationen beteiligen mit dem Ziel, neue Abkommen zu genehmigen und bestehende Abkommen zu modernisieren oder auf andere Länder in unseren Regionen auszuweiten. Diese Abkommen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Strategischen Partnerschaft, die unsere Verbindungen stärken werden. In diesem Sinne erklären wir Folgendes:
  - ) Wir begrüßen die am 21. April 2018 zwischen der EU und Mexiko erzielte grundsätzliche Einigung über die Modernisierung des Globalabkommens zwischen beiden Seiten und fordern seine baldige Ratifizierung.
  - ) Wir begrüßen ebenfalls die am 28. Juni 2019 zwischen der EU und den Mitgliedstaaten des Mercosur – Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – erzielte grundsätzliche Einigung nach über 20 Jahren der Verhandlung. Wir unterstreichen die immense Bedeutung der Bestimmungen über die nachhaltige Entwicklung, die im Kapitel über Handel und Nachhaltigkeit des Abkommens festgelegt sind, sowie das Erfordernis, ihre Durchsetzbarkeit sicherzustellen. Dabei handelt es sich um ein Abkommen, das für 780 Millionen Bürger gelten und die engen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten des Mercosur stärken wird. Wir fordern alle Vertragsparteien des Abkommens auf, es rasch zu erörtern, zu prüfen und zu ratifizieren und ihrer Verpflichtung zur wirksamen Umsetzung des Übereinkommens von Paris nachzukommen.

- ) Wir unterstützen den laufenden Prozess der Modernisierung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Chile, über das die entsprechenden Verhandlungen in eine entscheidende Phase eingetreten sind, uneingeschränkt und fordern die Verhandlungsführer beider Seiten auf, ihre Standpunkte mit Blick auf ein endgültiges Abkommen in Einklang zu bringen.
- ) Wir fordern die Regierungen und die Parlamente der Mitgliedstaaten, die das im Jahr 2012 genehmigte Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika noch nicht ratifiziert haben, dies unverzüglich nachzuholen.
- ) Wir nehmen die Unterzeichnung des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba am 12. Dezember 2016, seine Ratifizierung durch 27 der 28 Mitgliedstaaten und sein vorläufiges Inkrafttreten am 1. November 2017 zur Kenntnis. Die vollständige und wirksame Umsetzung des Abkommens soll zur Entwicklung des politischen Dialogs, der Zusammenarbeit sowie der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Respekt, Gegenseitigkeit und Gleichheit sowie im Einklang mit den Regeln des Völkerrechts und den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen beitragen.
14. Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über die immer weiter zunehmende Migration in beiden Regionen und in der Welt insgesamt zum Ausdruck, die auf zahlreiche Faktoren wie Klimawandel, Naturkatastrophen, Kriege und politische Konflikte und vor allem auf soziale Ungerechtigkeit zurückzuführen ist, wovon große gesellschaftliche Gruppen betroffen sind, die unter Ernährungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit, Gewalt, einer prekären Subsistenzwirtschaft und der Vernachlässigung durch den Staat leiden. Die schwierige Situation Venezuelas, aus dem nach Angaben des UNHCR-IOM 4,6 Millionen Menschen ausgewandert sind, weitere Millionen von Menschen, die Haiti, Mexiko, Zentralamerika, Südamerika und die Karibik verlassen haben, sowie die Migrationsströme von Afrika nach Europa, sind repräsentativ für die Komplexität des Problems. Wir sind der Ansicht, dass die Regierungen und Parlamente der Europäischen Union und der CELAC-Länder die Herausforderungen der Migration mithilfe eines politischen Dialogs, mit dem sich die Situation in den Griff bekommen lässt, sowie mit einem ganzheitlichen und koordinierten Ansatz im Rahmen einer strategischen Allianz in Angriff nehmen müssen. Wir erkennen an, dass angesichts der derzeitigen Migrations- und Flüchtlingskrise in beiden Regionen die Finanz- und Haushaltsunterstützung für die am stärksten betroffenen Länder und die schutzbedürftigsten Gruppen mobilisiert und sichergestellt werden muss, dass die politischen Gründe für die Situation besser sichtbar gemacht und stärker ins Bewusstsein gerückt werden.
15. Wir sind besorgt über das alarmierende Wachstum der organisierten Kriminalität und ihrer komplexen internationalen Netzwerke sowie über ihre beängstigende Fähigkeit, Beamte auf allen Ebenen zu korrumpieren, Gewissen zu kaufen und für

ihre Machenschaften Straflosigkeit zu erreichen. Die vielfältigen Aktivitäten der organisierten Kriminalität, darunter Drogenhandel, Menschenhandel, Schmuggel, illegaler Waffenhandel, sind zunehmend in einem komplexen Netz, das die Reaktionsfähigkeit der einzelnen Staaten übersteigt, miteinander verwoben.

16. Wir begrüßen die biregionale Zusammenarbeit als Reaktion auf die Herstellung illegaler Drogen, den Drogenhandel und die damit verbundenen Straftaten, die auch in der in Paramaribo im Juni dieses Jahres abgehaltenen 21. hochrangigen Sitzung im Rahmen des Mechanismus EU-CELAC zur Zusammenarbeit und Koordinierung im Bereich der Drogenbekämpfung unlängst zum Ausdruck kam. Wir begrüßen die Arbeit von COPOLAD II, dem von der EU finanzierten Programm zur Unterstützung der LAK-Staaten bei der Inangriffnahme des Drogenproblems, und hoffen, dass sich dessen Potenzial bestmöglich entfaltet.
17. Wir sind besorgt über das Problem des Verschwindens Minderjähriger. Wir bekräftigen, dass es ein systematisches internationales Register mit einer DNA-Datenbank für sämtliche Fälle geben muss, in denen Minderjährige verschwunden sind, und dass Verfahren festgelegt werden müssen, in deren Rahmen eine umgehende Untersuchung möglich ist. Außerdem halten wir es für notwendig, dass auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene ein besonderes Frühwarnsystem für das Verschwinden Minderjähriger eingerichtet wird. Wir fordern nachdrücklich, dass die interinstitutionelle Zusammenarbeit und der Austausch bewährter Verfahren zwischen beiden Regionen gefördert werden.
18. Wir sind besorgt über den ohne die Aufmerksamkeit der jeweiligen Regierungen zunehmenden illegalen Bergbau, der schwerwiegende soziale, ökologische, wirtschaftliche und gesundheitliche Probleme mit sich bringt, woran indigene Bevölkerungsgruppen systematisch zugrunde gehen. Die Verschmutzung von Flüssen, die Abholzung von Regenwäldern, die Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften und die Zunahme krimineller Banden in der Wirtschaft sind weitere der zahlreichen Auswirkungen, die auf diese illegale Praxis sowie auf einige Bergbautätigkeiten, die nicht den internationalen Umweltstandards entsprechen, zurückzuführen sind. Wir fordern die Mitgliedstaaten der EU und die LAK-Staaten auf, gemeinsame Strategien zu entwickeln, um strenge Kontrollen im Bereich des handwerklichen Bergbaus und bei multinationalen Unternehmen, die von dabei gewonnenen Ressourcen profitieren, durchzuführen, die Verwendung von umweltbelastenden toxischen Stoffen wie Quecksilber, Zyanid und Arsen zu beschränken und in Gemeinschaften, die keine andere Wahl haben, als sich an illegalen Praktiken zu beteiligen, Entwicklungsprogramme durchzuführen.
19. Wir beobachten mit Besorgnis die Durchdringung staatlicher Einrichtungen mit kriminellen Organisationen, die die Wirtschaft der Staaten durch Geldwäsche, der illegale Aktivitäten wie Drogenhandel zugrunde liegen und die die Stabilität und Entwicklung entscheidend beeinträchtigt, pervertieren. Solche kriminellen Aktivitäten wirken sich nicht nur auf einzelne Länder, sondern auf die Stabilität der gesamten Region aus. Die Bedrohungen müssen beseitigt werden, indem unter

der Federführung der internationalen Gemeinschaft konzertierte Maßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Länder ergriffen werden.

-----